Abendausgabe

Nr. 124 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 62

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
15. März 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

# 1090000 Einzeichnungen in Berlin!

## Glänzende Fortschritte im Reiche. — Das Volk gegen die Fürsten.

**Die Eintragungen zum Volksbegehren halten in Berlin am Sonnabend und vollends am Sonntag so bedeutende Steigerungen, daß bis Sonntag die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen bereits die Million überschritt. Am Freitag waren 68 630 Personen eingetragen worden, am Sonnabend wurden 80 581 und am Sonntag 217 277 neue Unterschriften gebucht! Die Gesamtzahl der Eintragungen stieg hiermit auf**

**1 691 684.**

**Der Sonntag brachte allen Bezirken ganz außerordentliche Zunahmen, auch den Bezirken des Westens und des Südwestens. Fünf Verwaltungsbezirke, die Bezirke Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Kreuzberg, Neukölln, haben jetzt jeder allein bereits weit über 100 000 Unterschriften aufgebracht.**

**Wir lassen hier die Einzelziffern für die beiden letzten Tage aus den Bezirken und die bisher erreichten Gesamtzahlen folgen:**

| | Sonnabend | Sonntag | insgesamt |
|---|---|---|---|
| Mitte | 5 214 | 15 769 | 72 254 |
| Tiergarten | 4 688 | 15 186 | 67 135 |
| Wedding | 9 434 | 21 290 | 127 639 |
| Prenzlauer Berg | 8 317 | 21 512 | 103 462 |
| Friedrichshain | 9 791 | 21 368 | 119 544 |
| Kreuzberg | 8 371 | 21 239 | 115 201 |
| Charlottenburg | 4 615 | 16 803 | 63 250 |
| Spandau | 2 215 | 4 937 | 28 612 |
| Wilmersdorf | 1 728 | 7 212 | 23 986 |
| Zehlendorf | 323 | 1 202 | 3 885 |
| Schöneberg | 3 275 | 10 886 | 45 445 |
| Steglitz | 1 733 | 6 779 | 22 296 |
| Tempelhof | 1 353 | 3 771 | 16 311 |
| Neukölln | 6 869 | 19 310 | 104 405 |
| Treptow | 2 141 | 4 764 | 31 845 |
| Köpenick | 1 235 | 2 789 | 18 079 |
| Lichtenberg | 4 618 | 6 732 | 54 050 |
| Weißensee | 1 216 | 3 592 | 15 654 |
| Pankow | 1 813 | 5 307 | 22 557 |
| Reinickendorf | 1 996 | 6 539 | 27 968 |
| **Groß-Berlin** | **80 581** | **217 277** | **1 691 684** |

### Glänzende Ergebnisse im Reiche.

#### Von der Wasserkante.

**Hamburg, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Wasserkante hat gestern ihren größten Schlag gegen die Fürsten geführt. In den Vormittagsstunden des Sonntags waren die Eintragungslokale überfüllt. Gegen Mittag gingen an mehreren Eintragungsstellen die Zeichnungslisten aus, so daß Ersatz beschafft werden mußte. Während am vorigen Sonntag in Hamburg 33 000 Unterschriften aufgebracht wurden, waren es gestern 82 000, Altona brachte 12 000 und Wandsbek 2000 Eintragungen auf. Im Großhamburgischen Städtegebiet hatten sich bis Sonntag abend über 300 000 Wahlberechtigte eingetragen. Davon entfallen auf Hamburg 243 000, auf Altona 42 000 und auf Wandsbek 8000, der Rest auf die kleineren Orte. Hamburg und Altona wetteifern jetzt um das beste Ergebnis. Hamburg hat 31,4 Proz. der Wahlberechtigten zur Eintragung gebracht, Altona 30,3 Proz., dafür hat Altona aber 92,1 Proz. der bei der Reichspräsidentenwahl abgegebenen sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen, Hamburg 91,2 Proz. aufgebracht. Es ist also sicher, daß die Wasserkante für das Volksbegehren mehr Stimmen stellen wird, als die beiden Parteien bei der Reichspräsidentenwahl aufboten.**

Lübeck, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Eintragungen zum Volksbegehren steigen in Lübeck von Tag zu Tag. Am gestrigen Sonntag haben sich im Stadtgebiet über 5600 Personen eingetragen, darunter zahlreiche Frauen. Insgesamt wurden bis Sonntag abend im Stadtgebiet 26 218 Einzeichnungen vollzogen. Rechnet man die 4000 aus dem Landgebiet hinzu, so haben wir bereits 31 000 Eintragungen oder 35 Proz. der Wahlberechtigten zu verzeichnen. Ein großes Ergebnis.

#### Thüringen.

Jena, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Verlauf des zweiten Eintragungssonntags darf Thüringen den Anspruch darauf erheben, mit in der ersten Reihe zu marschieren. Die Ziffern sind besonders am Sonntag unter Auswirkung einer allerorts lebhaft betriebenen Agitation enorm gestiegen. Man darf sagen, daß von den rund eine Million Stimmberechtigten in Thüringen sich bis jetzt rund 30 bis 35 Proz. eingetragen haben. Das ist nahezu die Zahl der Stimmen, die im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl für Marx und Thälmann zusammen abgegeben worden sind. In einzelnen Orten ist diese Stimmenzahl bereits beträchtlich überschritten worden.

An der Spitze marschiert ohne Zweifel der Landkreis Sonneberg, dessen Heimindustrie seit langer Zeit von einer verheerenden wirtschaftlichen Depression heimgesucht wird. Hier sind Eintragungsziffern von 85 bis 90 Proz. der Stimmberechtigten keine Seltenheit. Das Gesamtresultat dürfte dahin lauten, daß sich etwa 75 Proz. der Stimmberechtigten für das Volksbegehren ausgesprochen haben.

In der Stadt Sonneberg beträgt die Zahl der Eingetragenen rund 6000. Davon sind am Sonntag durch regen Schlappdienst rund 1000 Stimmberechtigte zur Eintragung veranlaßt worden. In den übrigen Städten wurde ebenfalls eine lebhafte Agitation entfaltet, die reiche Früchte trug. In Erfurt konnte die Zahl der Eintragungen von Freitag bis Sonntag abend von 16 000 auf rund 25 500 gesteigert werden. In Jena ließen sich am Sonntag 4200 Leute eintragen, so daß die Zahl der Eingetragenen 14 500 beträgt. In Gotha haben sich 6000, in Arnstadt 4800, in Saalfeld 5800 eingetragen. In Altenburg fand am Sonnabend eine machtvolle Kundgebung statt, an der sich über 6000 Menschen beteiligten. Es trugen sich über 1000 Leute ein. Im Landkreis gibt es zahlreiche Orte, in denen die Zahl der Eingetragenen 60 bis 70 Prozent der Stimmberechtigten beträgt.

Am Sonnabend und Sonntag setzte auch eine lebhafte Gegenagitation der Rechtsparteien gegen das Volksbegehren ein. Jedoch veranlaßten die in den Flugblättern verbreiteten niedrigen Verleumdungen und Schmähungen noch eine große Menge von Stimmberechtigten, ihre Eintragung vorzunehmen.

#### Köln 80000 — Glänzende Resultate auf dem Lande

Köln, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In Köln waren die Eintragungen zum Volksbegehren am Sonntag sehr stark. Nach den bis zur Stunde vorliegenden Meldungen ist die Zahl 80 000 überschritten. Glänzend ist die Beteiligung in den Landorten des Kölner Bezirks. Hier haben eine ganze Reihe von Orten die Stimmenzahl, die von Kommunisten und Sozialdemokraten bei den letzten Reichstagswahlen abgegeben wurden, bereits um 100 Proz. überschritten. In anderen Orten ist schon über die Hälfte der Wahlberechtigten zur Einzeichnung erschienen. In dem kleinen Industrieort Treisdorf sind bisher zwei Drittel der Wahlberechtigten in den Einzeichnungslisten eingetragen.

#### München holt auf.

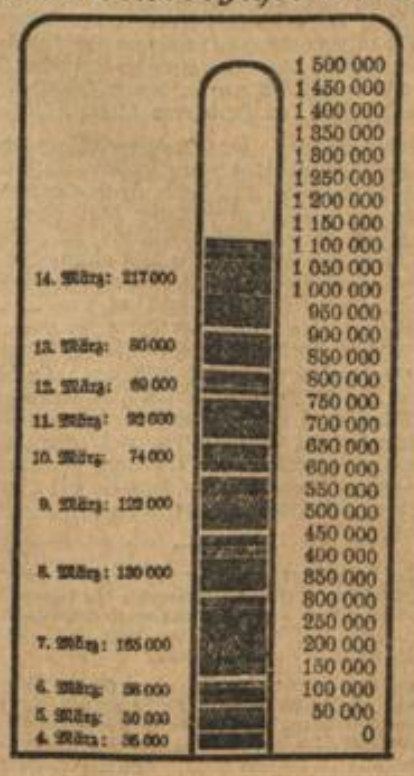
München, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Endlich hat auch in München die Zahl derjenigen, die sich in die Listen zum Volksbegehren eingezeichnet haben, eine erfreuliche Höhe erklommen. Während am Freitag abend die Listen erst eine Gesamteintragungszahl von 30 599 erreicht hatten, brachte der Samstag einen Zuwachs von 10 694 und der Sonntag dann die Rekordziffer für München in Höhe von 23 777. Insgesamt haben sich also bisher in München 65 070 Personen eingezeichnet, d. h. rund 16 Proz. der Wahlberechtigten.

#### Rekordsonntag in Breslau.

Breslau, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Breslau stellte am gestrigen Sonntag in der Beteiligung zum Volksbegehren einen Rekord an abgegebenen Stimmen auf. Die Gesamtziffer der Einzeichnungen der Stadt Breslau beträgt 96 000.

(Weitere Meldungen auf der dritten Seite.)

### Stand des Volksbegehrens in Berlin.




# Schweden rettet den Völkerbund.

## Undén führt — und verzichtet.

Die Haltung der deutschen Delegation in Genf ist noch gestern hier als logisch und korrekt bezeichnet worden. Hoffentlich ist sie das auch heute noch.

Deutschland ist eingeladen worden, nach Genf zu kommen und seinen Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen. Zugleich aber hat sich herausgestellt, daß beabsichtigt war, die Zusammensetzung des Rates grundsätzlich zu ändern, indem neben Deutschland auch anderen Mächten ständige Ratssitze verliehen werden sollten.

Die deutsche Delegation hat sich gegen diese Absicht erfolgreich gewehrt. Von der Schaffung neuer ständiger Ratssitze ist nicht mehr die Rede. Ebenso ist ein Projekt, den Rat um einen nichtständigen Sitz zugunsten Polens zu erweitern, am deutschen Widerspruch gescheitert.

Die deutsche Delegation hat also mit ihrer grundsätzlichen Auffassung gesiegt.

Nun haben aber England und Frankreich Polen versprochen, ihren Einfluß aufzubieten, um es in den Rat zu bringen. Dieses Versprechen kann jetzt nur noch dadurch eingelöst werden, daß entweder eine Macht ihren Ratssitz zugunsten Polens aufgibt oder daß alle nichtständigen Mitglieder zurücktreten und eine Neuwahl vorgenommen wird.

Diesem Plan kann sich die deutsche Delegation nicht widersetzen, ohne ihre bisherige korrekte und logische Haltung aufzugeben.

Als eine Macht, die bereit wäre, zugunsten Polens zu verzichten und damit den Völkerbund zu retten, ist Schweden genannt worden. Es wäre tief bedauerlich, wenn Schweden damit vorübergehend aus dem Rat — natürlich nicht aus dem Völkerbund — ausscheiden würde. Denn gerade durch sein Verhalten im Genfer Konflikt hat sich Schweden als das würdigste Mitglied des Völkerbundes erwiesen, und sein bis dahin wenig bekannter sozialdemokratischer Außenminister, Genosse Undén, ist in diesen Tagen zum Rang einer führenden Persönlichkeit im Rat der Staatsmänner aufgestiegen.

Kein Zweifel also, daß der Austritt Schwedens aus dem Rat ein Verlust wäre. Aber ihn zu verhindern, hat Deutschland kein Recht. Ebensowenig hat es das Recht, die Neuwahl aller nichtständigen Ratsmitglieder zu verhindern. Gerade Herr Luther hat immer wieder betont, daß sich Deutschland in den Streit im Völkerbunde nicht einmischen könne, solange es nicht sein Mitglied sei.

Herr Luther und Herr Stresemann haben auch immer erklärt, daß ihr Verhalten keineswegs den Zweck verfolge, eine bestimmte Macht dauernd vom Rat fernzuhalten. Dieser Zweck wäre ja sowieso nicht erreichbar: denn normalerweise gibt es im September Neuwahlen, und dann kann Deutschland nicht verhindern, daß Polen in den Rat gewählt wird.

Die ganze Frage ist also jetzt wirklich nur noch, ob Polen erst im September oder schon im März in den Völkerbund kommt. Aus dieser Frage könnte die deutsche Delegation aber keinen Streitfall machen, ohne sich selbst ins Unrecht zu setzen.

Die Rechtspresse stellt die These auf, daß es Deutschlands Ziel sein müsse, Polen unter allen Umständen fernzuhalten, und daß es eine Niederlage Deutschlands bedeute, wenn Polen dennoch in den Rat käme. Diese These ist falsch, und wenn die deutsche Delegation sie annehmen wollte, wäre ihre Haltung nicht mehr logisch und nicht mehr korrekt.

Indes nehmen wir an, daß sich die deutsche Regierung ihre Haltung nicht von denen vorschreiben lassen wird, deren Wunsch es ist, die bisher von ihr betriebene Außenpolitik mit einer Katastrophe enden zu lassen. Wir nehmen an: morgen ist die Krise überwunden und Deutschland im Völkerbund.

### Die schwedische Lösung.

V. Sch. Genf, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In den 36 Stunden vom Sonnabendabend bis zum Montagmittag hat sich die Situation zwar nicht geklärt, aber das Gesamtbild ist insofern etwas freundlicher, als ununterbrochen eine Lösung gesucht und über einen konkreten Vorschlag eifrigst hin und her verhandelt wird. Den ganzen Sonntag über fanden Verhandlungen statt, in deren Mittelpunkt Undén stand. Sonntagmittag war Undén bei Luther und Stresemann, ebenso begab sich Vandervelde mit seinem getreuen Mitarbeiter Rolin zu der deutschen Delegation. Eine ursprünglich für Sonntagmittag angesetzte offizielle Ratssitzung wurde im letzten Augenblick auf Wunsch Undéns auf Montagvormittag vertagt. Am Sonntagabend begab sich Briand

zu Stresemann. Ebenso speisten Luther und Stresemann mit Undén zusammen. Dieses Essen und die anschließende Unterhaltung zog sich bis über Mitternacht hinaus. Es war nunmehr klar, daß die sogenannte „schwedische Lösung" jetzt allein im Vordergrund stand. Diese Lösung ist hier schon vor zwei Tagen erläutert worden. Sie besteht darin, daß Schweden auf seinen provisorischen Ratssitz verzichtet, um der Vollversammlung die Möglichkeit zu geben, irgend eine Macht, d. h. in diesem Falle natürlich Polen, in den Rat mit provisorischem Sitz hineinzuwählen.

Die Vorgeschichte dieses Vorschlages geht auf die Donnerstagsitzung der Ratsmächte bei Drummond zurück. Undén vertrat seinen bekannten Standpunkt, der nicht nur von seinem Lande allein, sondern von den meisten kleinen Staaten gebilligt wird: Ablehnung jeder Erweiterung der Zahl der Ratsmitglieder, gleichviel ob mit permanentem oder provisorischem Sitz. Es wurde ihm darauf derart zugesetzt, insbesondere ließ sich Chamberlain zu so scharfen Aeußerungen gegen Undén hinreißen, daß daraus bekanntlich ein Pressezwischenfall entstand. Schließlich erklärte Undén: „Meine Instruktionen sind klar, mein Standpunkt bleibt unveränderlich. Das einzige, was ich für Sie tun kann, ist, wenn mich meine Regierung dazu ermächtigt, daß ich auf meinen Sitz verzichte, damit Sie Polen hineinwählen, ohne daß eine Ratserweiterung erfolgt."

Dieser Gedanke wurde aufgegriffen und ist seither gereift, obwohl er offiziell noch nicht bekanntgeworden ist. Denn zunächst mußte ja die Stockholmer Regierung Undén dazu ermächtigen. Das war auch der Grund, weshalb Undén die Verschiebung der für Sonntag abend angesetzten Teebesprechung der Ratsmächte beantragte. Die Ermächtigung der Stockholmer Regierung scheint am Sonntag abend eingetroffen zu sein.

Nun machten sich plötzlich gegen die schwedische Lösung deutsche Widerstände geltend, die zwar gefühlsmäßig erklärlich, aber äußerst bedenklich waren. Zweifellos ist es ein Skandal, daß die großen Mächte, vor allem England, nur weil sich Chamberlain durch seine Unfähigkeit in eine so unmögliche Situation hineingeritten hat, auf das kleine Schweden eine Pression ausübten, die sich bis zum Grobwerden steigerte. Und daß es nicht besonders angenehm für Deutschland wäre, wenn gerade diese Macht, die am treuesten den Standpunkt vertreten hat, den es selbst bisher eingenommen hat, sich opfern müßte, um einen Vasallen Frankreichs in den Völkerbund sofort hineinwählen zu lassen. Das liegt auf der Hand.

Aber leider kommt es darauf nicht mehr an. Deutschland hat sich bisher auf das geschriebene Recht gestützt, indem es sagte: „Wir lehnen es ab, Bindungen bezüglich einer Vermehrung der Ratssitze im voraus einzugehen. Erst müssen wir im Rat selbst sitzen, dann werden wir das weitere sehen."

Wird aber nun ohne Zutun Deutschlands durch ein Votum der Vollversammlung Schweden im Rat durch Polen ersetzt, dann setzt sich Deutschland formell ins Unrecht, wenn es gegen diese Lösung Einspruch erhebt. Und dieses Unrecht wäre um so flagranter, als Deutschland sagen würde: Gegen das Prinzip einer solchen Lösung haben wir an sich nichts einzuwenden, nur soll sich nicht gerade Schweden, sondern eine Ententemacht, wie z. B. die Tschechoslowakei, opfern.

Damit deckt man seine Karten auf, gibt zu, daß Deutschlands bisherige Haltung sich nicht aus prinzipiellen Gründen hergeleitet hat, sondern lediglich aus politischen Gründen, um Polen aus dem Rat fernzuhalten.

Es ist also klar, daß Deutschland so nicht operieren kann.

## Vertagung der Vollversammlung.

### Auf Mittwoch.

V. Sch. **Genf**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) **Nach der offiziellen Ratssitzung wurde bekannt, daß die Vollsitzung des Völkerbundes, die ursprünglich auf Dienstag angesetzt war, auf Mittwoch verschoben worden ist.**

In der deutschen Delegation sinnt man über die Möglichkeit nach, auf der Grundlage der „schwedischen Lösung" wieder mit besonderen Modalitäten, die für Deutschland annehmbarer wären, den Ausweg zu finden. Ueber diese Modalitäten, die den Gegenstand der offiziösen Ratsbesprechung bildeten, die bei Drummond stattfanden, und bis ½2 Uhr mittags angedauert hat, ist zur Stunde nichts bekannt. Alle Ratsmitglieder verweigerten die Auskunft.

Nur Vandervelde sagte: „Das Wort hat der telegraphische Draht", eine deutliche Anspielung auf die regen Anfragen gewisser Delegationen bei ihren Regierungen. Man spricht davon, daß alle Mächte mit provisorischem Sitz, also nicht nur Schweden, gleichzeitig zurücktreten und sich zur Wahl stellen würden.

Eine solche Lösung ist aber aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich, und zwar unter anderm, weil die Gegenseite genau weiß, daß es keineswegs sicher sei, daß Polen gewählt würde. Denn obwohl Graf Strzynski eine sehr geschickte und taktvolle Zurückhaltung zeigt, ist in weiten Kreisen des Bundes eine starke Verstimmung gegen Polen als den Stein des Anstoßes vorhanden.

Außerdem hat Benesch, wie es heißt, seinen Sitz für September einer anderen Macht der Kleinen Entente, nämlich Jugoslavien, versprochen. Und schließlich ist ein Verzicht Brasiliens um so unwahrscheinlicher, als man gestern abend noch in der Umgebung Chamberlains abermals große Besorgnisse wegen des Herrn Mello Franco zeigte, der sich abermals auf Grund neuer Instruktionen aus Rio de Janeiro hinsichtlich eines Anspruches Brasiliens auf einen permanenten Ratssitz unnachgiebig zu zeigen drohte! . . .

### Beratungen in Schweden.

**Stockholm, 15. März. (WTB.) Die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sind zu einer Sitzung einberufen worden.**

## Auf der Suche nach dem Kompromiß.

**Genf**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) **Die Zeit drängt! Am Dienstag abend muß Briand von Genf abreisen, um am Donnerstag vor der Kammer und dem Senat die Erklärung seiner Regierung abzugeben.** Die Aufnahme Deutschlands soll bis dahin vollzogen sein. So hat der Völkerbundsrat sich am Sonnabend selbst unter Druck gesetzt. Er beschloß, ohne daß die Voraussetzungen einer Einigung über die Ratsfrage erfolgt wäre, die nächste Vollversammlung auf Dienstag 11 Uhr festzusetzen, und zwar mit der Tagesordnung: Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Dieser Beschluß war immerhin ein gutes Zeichen, und eine Warnung an die hiesigen Pessimisten.

Der Sinn des in Aussicht genommenen Kompromisses ergibt sich aus den verschiedenen Auffassungen und Lösungsmöglichkeiten, die in den Verhandlungen der letzten Tage zur Debatte standen. Was die deutsche Delegation betrifft, so konnte seit der Ablehnung der belgisch-englischen Kompromißformel am Freitag abend nicht mehr der geringste Zweifel darüber bestehen, daß **Deutschland vor seinem Eintritt in den Völkerbund unter keinen Umständen sich für eine Veränderung des Rates festlegen würde.** Dieser Standpunkt wurde insofern positiv gestaltet, als sich die deutsche Delegation schriftlich bereit erklärte, nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund alle Ansprüche auf Ratssitze in einer Kommission mitzuberaten. Der Reichsaußenminister hat diesen Vorschlag denn noch dahin erweitert, daß Deutschland seine Bereitschaft zu seiner Mitarbeit auch aufrecht erhält, wenn das Ziel dieser Kommission, Erweiterung des Rates im Dezember, in einer Entschließung der Völkerbundsversammlung ausdrücklich festgelegt wird. Es ist sogar anzunehmen, daß die deutsche Delegation einen entsprechenden Vorschlag selbst stellen wird, sobald ihre Aufnahme erfolgt ist.

Die Auffassung der Gegenseite ergab sich nach der deutschen Ablehnung ebenso klar aus den Erklärungen Briands und des Genossen Paul Boncour gegenüber dem Sonderkorrespodenten des „Soz. Pressedienst". Sie stellten fest, daß Frankreich bis an die Grenze seiner Konzessionen gegangen sei und in der Sache keine weiteren Zugeständnisse machen würde. Es zeigte sich, daß die französische Delegation auf die Erteilung eines Ratssitzes an Polen in dieser Session bestehen würde. Diese Haltung ist zurückzuführen auf eine unberechtigte Handlungsweise Briands in Locarno. Er überwand damals den Widerstand der polnischen Delegation gegen die Annahme der Locarno-Verträge nur durch das Versprechen eines ständigen Ratssitzes, für dessen Erfüllung sich auch Chamberlain aus den gleichen Gründen verbürgte. In diesem Sinn hat sich der französische Außenminister in den Auswärtigen Ausschüssen der Kammer und des Senats festgelegt, so daß er befürchtet, ohne Erfüllung dieses Versprechens nach seiner Rückkehr im Senat, in dem Poincaré immer noch eine große Rolle spielt, auf eine unüberwindliche Opposition zu stoßen, die schließlich zur Ablehnung der Locarno-Verträge führen würde. Der englische Außenminister hat sich zwar im Unterhaus weniger festgelegt, aber in Genf zeigt er sich mit Briand entschlossen, die Erteilung eines Ratssitzes an Polen noch in dieser Tagungsperiode zu erwirken.

An sich hätte die Möglichkeit bestanden, Polen vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in den Rat aufzunehmen, wenn sich Schweden nicht grundsätzlich gegen die Erweiterung des Völkerbundsrates ausgesprochen hätte. Dieser Standpunkt ergab sich aus der Erkenntnis, daß die einmal begonnene Erweiterung des Rates zu unendlichen Konsequenzen führen und der Völkerbundsrat schließlich zur Völkerbundsversammlung werden würde. Der schwedische Außenminister war von seiner grundsätzlichen Haltung, die von allen Parteien Schwedens geteilt wird, trotz fortgesetzter Einwirkungen aus allen Kreisen nicht abzubringen, und so ergab sich nach endlosen Verhandlungen die Frage: **Wie ist eine Entscheidung herbeizuführen, die Deutschlands Standpunkt prinzipiell wahrt, der schwedischen Haltung praktisch Rechnung trägt und dem französischen und englischen Versprechen an Polen gerecht wird.**

Bei dem Bemühen, die Lösung dieser schwierigen Frage zu finden, hat sich nicht allein die deutsche Delegation der sozialistischen Initiative bedient. Vielmehr zeigten überhaupt Sozialisten die verschiedensten Möglichkeiten einer Einigung. Anfänglich stellte Undén in Uebereinstimmung mit den übrigen skandinavischen Ländern seinen Ratssitz zur Verfügung, um so die Aufnahme Polens ohne zahlenmäßige Erweiterung der Ratsmandate zu ermöglichen. Er ließ sich bei dieser Haltung von dem Gedanken leiten, das Werk von Locarno sichern zu helfen und der Idee des Völkerbundes zu dienen, ohne sich dabei etwas zu vergeben; das schwedische Mandat läuft an sich im September ab und es ist schon jetzt so gut wie sicher, daß eines der skandinavischen Länder im September wieder in den Rat hineingewählt wird. Auch Vandervelde nahm eine ähnliche Haltung ein wie sein schwedischer Gesinnungsfreund, so daß zunächst u. a. auch die Frage erörtert wurde, ob nicht schon jetzt, statt im September, sämtliche nichtständigen Sitze neu gewählt werden sollten. Auf diese Lösungsmöglichkeit scheinen die Kämpfe um das Kompromiß hinauszulaufen.

### Polens Aussichten.

**Paris**, 15. März. (WTB.) Der Vertreter des „New York Herald" in Genf berichtet, es sei keineswegs sicher, daß, wenn die Frage der Erweiterung des Völkerbundsrats vor die Vollversammlung gebracht werden sollte, eine Mehrheit für die Zulassung Polens erzielt werde. Die britischen Dominions seien allem Anschein nach gegen die Zulassung Polens ebenso wie viele andere kleine Nationen. Die Franzosen suchten mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Angelegenheit vor die Völkerbundsversammlung gebracht werde.

## Nachwahlen in Frankreich.

### Schwächung des Kartells.

**Paris**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Nachwahlen im zweiten Wahlbezirk von Paris für zwei verstorbene Abgeordnete zeichneten sich am Sonntag durch geringe Wahlbeteiligung aus. Etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten blieben der Wahl fern. Ein endgültiges Ergebnis konnte noch nicht erzielt werden, so daß am kommenden Sonntag Stichwahl stattfindet. Während bei den allgemeinen Wahlen am 11. Mai 1924 die gemeinsame Liste des Linkskartells etwa 50 000 Stimmen auf sich vereinigte, erzielten jetzt Sozialisten und Sozialradikale, die getrennt marschierten, 15 500 bzw. 11 500, zusammen also 27 000 Stimmen oder 23 000 weniger als bei den letzten Wahlen. Die Liste des Nationalen Blocks brachte es auf 47 500 gegen 50 000 im Mai 1924. Am besten schnitten die Kommunisten ab, die mit 38 000 nur um 2500 hinter den letzten Wahlen zurückgeblieben sind.

Eine Senatswahl im Departement Vogesen zur Ersetzung des rechtsstehenden Senators Meline hat zum Siege des Bonapartisten Flayette geführt. Er selbst erhielt 523 Stimmen, seine beiden Gegenkandidaten der bürgerlichen Linken 300 bzw. 175.

---

# Der Automatenfreund.

**Von Max Bernardi.**

Täglich um 6 Uhr abends treffe ich ihn. Ich habe ihn Automatenfreund getauft.

Wenn ich aus der U.-Bahn steige, um auf den anderen Zug zu warten, steht mein Freund schon da. An dem Wartesaalhäuschen lehnt er und blickt starr vor sich hin. Vier Meter vor ihm steht ein Schokolade-Automat. Zwischen ihm und dem Automaten hasten und drängen Leute.

Ich stehe abseits und erwarte meinen Zug. Warte aber auch auf den dumpfen Blechton, der stets so prompt aus dem Automaten schallt.

Pong! Mein Freund ist an der Arbeit. Er leistet aber nur halbe Arbeit — er spart sich das Hineinwerfen eines Groschen, er zieht nur den Hebel. Zieht, hält einen Moment gespannt inne und läßt dann losschnellen. Pong! Es kommt eben nichts heraus.

Dann wendet er sich langsam um. Müde, enttäuscht, abgestumpft. Sein und mein Zug fährt ein. Am nächsten Abend 6 Uhr sehen wir uns pünktlich wieder und dasselbe Schauspiel wiederholt sich unbarmherzig.

Einmal war ich so naiv, an einen pflichtgetreuen Beamten dieses Automaten zu denken. Ich bin aber ganz davon abgekommen.

Aber eine wahre Teufelsidee kam mir, eine ganz satanische!

Ich richtete es ein, daß ich vor 6 Uhr beim Automaten stand, in der Hand hielt ich ein 10-Pfennigstück. Ich wartete. Da hörte ich den Zug kommen. Noch einmal blickte ich mich scheu um und dann — kling — klang — hüpfte mein Groschen in die gebrannte Mandelspalte. Rasch trat ich zurück.

Da kam mein Freund. Alles wie sonst. Er ließ die Menge passieren, starrte auf den Apparat und schlängelte sich langsam hin.

Mir schlug das Herz.

Ich sah, wie er den Griff zog — es war eine Sensation — für 10 Pfennig! Herrlich!

Er hielt den Griff noch fest — jetzt ließ er ihn losschnellen —.

Tsch — kragg —!

Er stand wie eine Salzsäule. Ich auch.

Plötzlich fuhr seine Hand blitzschnell aus der Tasche und wieder zurück. Ebenso schnell. Dann wandte er sich ganz langsam um. Fast ein wenig wankend kam er auf mich zu. Sollte er —? Nein, auf die Bank setzte er sich dort.

Unser Zug fuhr ein. Es kümmerte ihn nicht. Auch mich nicht.

Ich sah sein Gesicht: Alt, nicht verlebt — aber verhofft. Ein kluges Antlitz, doch übermüdet von vielen Enttäuschungen. Tiefe Furchen hatten es deutlich eingegraben. Nur seine Aeuglein waren jetzt voll Feuer und Streitbarkeit, voll Siegesfreude! Und nun legte sich ein Lächeln, ein befeligtes Lächeln um den verbitterten Mund — so wie vielleicht Erfinder zu lächeln vermögen, wenn sie auf ihrem Sterbebette noch das Perpetuum mobile gereimt zu haben glauben.

Behagen, geschwellte Lebensfreude lag in dem Manne.

Endlich! Endlich!

Er hatte es ja gewußt, er hatte ja daran geglaubt, unentwegt. Tage, Monate, vielleicht Jahre! Und er hatte ja recht behalten! Er!!

Einen Moment glaubte ich etwas wie Reue über diesen Frevel an einer Menschenseele zu verspüren.

Da zog er die Schachtel hervor, nicht zitternd und scheu, nicht schüchtern, verzagt — mit lässiger Gebärde riß er die kleine Pappschachtel auf, schmiß den Deckel auf den Bahnsteig, schüttete sich die Zuckermandeln in die Hand, zerknüllte den zierlichen Pappkarton und warf ihn mir vor die Füße.

Er, der sich früher die Kirschkerne in die Hand spuckte, um sie gelegentlich in einen Abfallkorb zu werfen . . .

Wie er mich anblickte und dabei krachend die braunen Mandeln mit den Zähnen knackte! Wie er schmatzte und fraß! Mich geringschätzte! Er, der plötzlich Besitzende, Ueberlegene!

Ich sah den Typ des Emporkömmlings, des zu rasch reich Gewordenen — wehe, wenn er zur Macht gelangen würde.

Ein neuer Zug fuhr ein. Er erhob sich, stieß mit dem Fuß nach der zerknüllten Pappschachtel, drängte sich in den Wagen. Ich mit ihm. Da saß er nun und starrte vor sich hin. Was dachte er? An den nächsten Abend? An den Automaten? Hatte er noch mehr solcher Spielkästen? Größere, kompliziertere, menschliche — an denen er rüttelte, schüttelte —?

Armer Teufel!

Wieder will ich dir helfen. Im nächsten Jahr vielleicht und dann mit — Pfefferminz. Aber es ist das fast zu süß.

---

**„Weltenwende."** Am Sonntag sprach im „Großen Schauspielhaus der Florathsche Sprechchor Rothenfelders „Weltenwende". Die Darbietung erweckte besonderes Interesse dadurch, daß der Versuch gemacht wurde, Sprechchor und Gesangchor, es war in diesem Fall der ausgezeichnete Schubert-Chor unter Sascha Horenstein, zu einer künstlerischen Einheit zusammenzuführen, was auch zum großen Teil gelang. Die „Weltenwende" Rothenfelders ist nicht eigentlich ein Sprechchorwerk, dazu fehlte ihr zumeist das dramatische Auf und Ab, die vorwärtsdrängende oder in den Abgrund führende Leitidee, sondern zumeist eine lyrisch abstrakte Dichtung von großer gedanklicher Tiefe und sprachlicher Schönheit. Die vorzüglichen Einzelsprecher (Heinrich Witte, Ferdinand Hart und Wolf Trutz) wurden ihrer Aufgabe voll gerecht, auch der Sprechchor brachte das Werk rhythmisch und sprachlich, soweit er es erfühlen konnte, gut zur Geltung. Das in Abstrakte gekleidete Gedankentiefe konnte er begreiflicherweise nicht restlos erschöpfen. Das Zusammenwirken mit dem Schubert-Chor trug zur Steigerung des Werkes in hohem Maße bei, es wurde so einmal eine ergreifende Wirkung erzielt —, nur müßte bei späterem Zusammenarbeiten vom Gesangchor auch auf die bildmäßig wirkende Einfügung geachtet werden. Sprechchor und Gesangchor, soweit letzterer nicht ungesehen bleibt, müssen sich zu einem disziplinierten Körper einer Zweieinigkeit verschmelzen, wenn die augenfällige Wirkung nicht darunter leiden soll. B. Sch.

**Gustav Conradi gestorben.** Einer der ältesten und beliebtesten deutschen Schauspieler, Gustav Conradi, ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kurz vor Vollendung seines 76. Lebensjahres gestorben. Conradi hat nicht nur in Deutschland alle Fächer des komischen Bühnenkünstlers gespielt, sondern auch weite Kunstreisen unternommen. Am Deutschen Theater in Moskau und Petersburg wirkte er oft als gern gesehener Gast. Am Ende des vorigen Jahrhunderts wanderte Conradi nach Amerika aus, um dort Lorbeeren und Reichtümer einzuheimsen. Das ging nicht so leicht, und der Künstler mußte sich in einen regelrechten Tagelöhner verwandeln. Er war Straßenarbeiter und Kellner und übte noch ein Dutzend anderer, nicht gerade einträglicher, aber vor der letzten Not bewahrender Berufe aus. Schließlich gelangte er doch wieder zur Kunst, und die Amerikaner schlossen ihn ins Herz. Der Wanderkomödiant kehrte nach Deutschland zurück. Er wurde Mitglied des Darmstädter Hoftheaters. Er mußte gehen, weil er in einer Bühnenimprovisation die übermäßige Liebe des Großherzogs für „Die lustige Witwe" allzu sarkastisch verspottete. Der Großherzog hatte sich nämlich in diese Operette so vernarrt, daß ihm keine andere Vorstellung mehr gefiel. Als Patriarch des deutschen Bühnenklubs, der verwöhnt und verhätschelt wurde, konnte Gustav Conradi seinen Lebensabend beschließen. Er starb nach kurzer Krankheit. M. H.

**Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.** Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hielt in der Universität München ihre dritte Mitgliederversammlung ab, an der Vertreter der Reichsregierung, der Bundesstaaten, die Präsidenten der deutschen Akademien und großen wissenschaftlichen Verbände, die Rektoren der Universitäten und andere führende Wissenschaftler, sowie Parlamentarier des Reiches und Bayerns teilnahmen. Auf der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der an das Reich und die Länder die dringende Mahnung gerichtet wird, bei der Bemessung der Ausgaben für die Wissenschaftspflege weder die Zahlen der Vorkriegszeit noch deren Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Reiches und der Bundesstaaten zum Maßstabe zu nehmen. Weiter wird eine Nachprüfung der der Wissenschaft gewährten Mittel gefordert. Insbesondere wird ersucht, für das Etatsjahr 1927 das der Notgemeinschaft bewilligte Extraordinarium von drei Millionen Mark, das den Forschungen auf dem Gebiete der Volksgesundheit, des Volkswohls und der nationalen Wirtschaft dient, wieder einzustellen.

---

**Sprechchor der Volksbühne e. V.** Morgen, Dienstag, beginnen die Proben zur „Faust"-Aufführung, wozu alle Mitglieder erscheinen müssen. Geübt wird nunmehr zweimal wöchentlich, und zwar jeweils am Dienstag und Freitag 7½ Uhr in der Schule, Weinmeisterstraße 16/17. Anmeldungen von männlichen Mitgliedern sind noch erwünscht.

**Schauspieler-Nachtvorstellung des „Duell am Lido".** Anläßlich der Schauspielertagung vom 17. bis 19. März in Berlin veranstalten mit freundlicher Genehmigung der Intendanz der Lokalverband des Staatstheaters und der Bezirksverband Groß-Berlin am 18. März eine Schauspieler-Nachtvorstellung von Rehfisch' Komödie „Duell am Lido". Karten im Bureau des Bezirksverbandes der Genossenschaft, Reichstr. 11.

## Die Enteignung der Witwe Kurt Eisner's.

### Die Witwenrente durch die Inflation „erledigt".

Die Witwe des ermordeten Ministerpräsidenten Eisner erhielt seinerzeit vom Bayerischen Landtag eine Rente von 3000 M. für sich und 3000 M. für ihre Tochter zugesprochen. Seit dem Inflationssommer 1923 erhält Frau Eisner keine Rente mehr — das Porto überstieg den Papiermarkbetrag. Die Rente ist niemals aufgewertet worden! Das bayerische Finanzministerium hat sie vielmehr durch folgende Aktennotiz „erledigt":

„Wie bereits hervorgehoben, habe der Landtag nach der Katastrophe vom Februar den Hinterbliebenen des damals tödlich verunglückten (!) Ministerpräsidenten Eisner sowie dem damaligen Minister des Innern Auer eine Entschädigungsrente zuerkannt; diese Renten seien fortbezahlt worden, bis im vorigen Jahre die seinerzeit bewilligten Sätze durch die Geldentwertung unzureichend und an sich gegenstandslos geworden seien.

Im Fall Eisner handele es sich lediglich noch um die Witwe und um seine Tochter; die übrigen Kinder seien bereits versorgt. Das Finanzministerium sei der Anschauung, daß ohne Rücksicht auf die Frage der Entwertung die Wiederanweisung eines Bezuges für die Hinterbliebenen des Eisner wohl nicht in Frage komme."

Dementsprechend ist die Rente der Witwe „des Eisner" gestrichen worden!

Die bayerische Regierung ist um den Mörder Eisners, den Grafen Arco, sehr besorgt gewesen. Er ist begnadigt und besitzt Vermögen. Er wird für die Entschädigung der Hinterbliebenen des Ermordeten nicht in Anspruch genommen.

Der Mörder ist begnadigt und lebt in Wohlstand — die Witwe des Ermordeten ist sehr arm und ist vom bayerischen Staat entschädigungslos enteignet worden.

Dieselben Leute, die diesen niedrigen Streich gegen die Witwe des Ermordeten billigen, entrüsten sich sittlich über Verlangen nach der Enteignung der Fürsten. Sie schreien, wenn die hohen Pensionen der kaiserlichen Offiziere nicht noch mehr erhöht werden.

Woher nimmt die bayerische Regierung das moralische Recht zu einer Kundgebung gegen das Volksbegehren, nachdem sie selbst durch einen Federstrich einer armen Witwe die Witwenrente enteignet?

## Eine Erklärung Borsigs.

### Die Vorgänge in der Arbeitgebervereinigung.

Herr v. Borsig, der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, nimmt Anstoß an der Tatsache, daß wir in einer Kritik seiner Ausführungen von „schweren Verfehlungen" in der VDA. gesprochen hatten. Gegenüber dem uns vorliegenden Bericht, den wir für zuverlässig halten mußten, erklärt er, daß seine Ausführungen wörtlich folgendermaßen gelautet haben:

„Die Fehler, die begangen worden sind, sind von den Bearbeitern der einzelnen Ressorts begangen worden. Herr Dr. Tänzler glaubte aber als leitender Geschäftsführer die Verantwortung dafür übernehmen zu müssen, daß diese Fehler begangen werden konnten..."

Wir geben von dieser Erklärung Kenntnis, obgleich sie an unseren Schlußfolgerungen nichts ändert. Die Meinung, ob es sich um eine Verfehlung, um einen Fehler, um ein Fehlerchen oder gar nur um einen Schönheitsfleck der Arbeitgebervereinigung gehandelt habe, ist ja selbst im Arbeitgeberlager geteilt. Denn wegen einer Bagatelle brauchte Dr. Tänzler seine Verantwortung nicht so schwer zu empfinden, wie er es mit seinem Abgang dokumentiert hat. Wir verzeichnen daher gern, daß in den Augen des ersten Vorsitzenden der Arbeitgebervereinigung die Hergabe von Darlehen zum Zweck der Weitergabe an den Häuptling der Fememörder an eine Gewerkschaft und die literarischen Korruptionsversuche des Herrn von Zengen nur einen „Fehler", nicht eine Verfehlung bedeuten! Diese feine Unterscheidung ist für Borsig bezeichnender, als wenn er geschwiegen hätte!

## Ein Stahlhelm-Staatsanwalt.

### Ein Beitrag zum Kapitel „Deutsche Justiz".

Es handelt sich diesmal nicht um ein Racheurteil, sondern nur um einen Gerichtsreferendar, einen angehenden Staatsanwalt. In einem Beleidigungsprozeß wegen einer Holzerei zwischen Stahlhelmleuten und Roten Frontkämpfern in Zwickau hielt er folgende Anklagerede:

„Die Tat des Angeklagten muß politisch beleuchtet werden. Der Angeklagte als Anhänger des Roten Frontkämpferbundes handelt nur nach den Richtlinien seiner Organisation, wenn er die Mitglieder des Stahlhelms angreift. Der Stahlhelm aber ist doch eine begrüßenswerte Erscheinung, die sich zum Ziele setzt, die Nation gesundheitlich zu ertüchtigen. In unserer schweren Zeit muß es doch anerkannt werden, wenn sich Menschen bemühen, endlich aus den Händen internationaler Sklavenknechte herauszukommen und zu nationaler Selbstbesinnung zurückzukehren. Die Kreise, zu denen der Angeklagte gehört, versuchen programmäßig, diese Bestrebungen zu unterbinden, wie die Vorgänge der letzten Tage genügend bewiesen haben. Deshalb müssen derartige Straftaten mit schwerster zulässiger Strafe geahndet werden."

Die „internationalen Sklavenknechte" sind die Herren Luther, Stresemann und Hindenburg. Ein Gerichtsreferendar darf sie in einer Amtshandlung so infam beleidigen.

Der angehende Staatsanwalt riecht, was in der deutschen Justiz vor sich geht. Er paßt sich an. Rechtsprechung, von solchen Leuten geübt, ist keine Rechtsprechung mehr.

## Abberufung des Landrats von Engel.

### Wo bleibt Disziplin- und Strafverfahren?

Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet:

Das preußische Staatsministerium hat den Landrat von Engel (Landkreis Einbeck) abberufen und zum Regierungsrat bei der Regierung Kassel ernannt. Die Abberufung erfolgte, weil Landrat von Engel trotz der bereits erfolgten Bekanntgabe der Zulassung des Volksbegehrens in einer Verfügung an die Gemeindebehörden am 25. Februar 1926 die öffentliche Auslegung der von den Antragstellern gemäß dem Gesetz über das Volksbegehren den Gemeinden unmittelbar zugesandten Eintragungslisten als unzulässig verboten hatte.

**Sultan Attrasch gestorben?** Nach in Paris vorliegenden Meldungen aus Syrien soll der Führer der aufständischen Drusen, Sultan Attrasch, seinen schweren Verletzungen durch eine französische Fliegerbombe erlegen sein.

# Der Sonntag des Volkes.

## Rekordeinzeichnungen im ganzen Reiche.

Das war der Sonntag des Volkes, der Sonntag des Protestes gegen die Würdelosigkeit und die Habgier der deutschen Fürstenhäuser! In Berlin und im Reiche — überall ist die Bevölkerung in Massen zu den Eintragungsstellen geströmt. Die Zahl der Eintragungen hat alles übertroffen, was an vorhergehenden Tagen erreicht worden war. Das Ergebnis der Einzeichnungen in den beiden größten Städten des Reiches — in Berlin und in Hamburg — ist ein wuchtiger Protest gegen die Ansprüche der deutschen Fürstenhäuser.

Bis zum Mittwoch, dem letzten Tag der Einzeichnungsfrist, müssen die Eintragungsziffern noch gewaltig anschwellen. Die Bewegung geht weiter!

Ein Volksbegehren ist nicht eine allgemeine Wahl. Die Einzeichnung in die Liste für das Volksbegehren ist nicht im gleichen Maße durch das Wahlgeheimnis geschützt wie die Stimmabgabe bei der geheimen Wahl. Es ist ein anderes, seinen Namen in eine Liste einzutragen oder einen Stimmzettel in geschlossenem Kuvert in die Wahlurne zu werfen. Um so höher muß der Erfolg des Volksbegehrens gewertet werden, der sich jetzt schon überblicken läßt. Ueber eine Million Wahlberechtigte haben sich in Berlin in die Listen eingezeichnet, haben mit ihrer Namensunterschrift die Enteignung der Fürstenhäuser gefordert, und haben damit ein starkes Bekenntnis für die Republik, gegen den monarchischen Gedanken abgelegt.

Die Reichshauptstadt ist und bleibt republikanisch und mit ihr der politisch rege Teil des deutschen Volkes!

Das Ziel des Volksbegehrens, die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Unterschriften aufzubringen, damit der Gesetzentwurf dem Reichstag zur Beschlußfassung und dem Volke zum Volksentscheid vorgelegt werde, ist längst erreicht. Die Zahl von rund 4 Millionen Stimmen ist im Reiche weit überschritten. Vielleicht sind heute schon mehr als das Doppelte der gesetzlich vorgeschriebenen Unterschriften auf den Listen eingezeichnet. Das Ziel des Volksbegehrens war aber nicht allein, die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Unterschriften aufzubringen. Es galt, in dieser großen, das ganze Volk erfassenden Bewegung zu demonstrieren gegen die finanziellen Ansprüche und die dahinter stehenden politisch reaktionären Hoffnungen und Bestrebungen der deutschen Fürstenhäuser. Dies politische Ziel des Volksbegehrens ist glänzend erreicht worden! Eine große Bewegung hat das ganze Volk erfaßt. Es weht ein frischer Wind in Deutschland, vor dem die Nebelgestalten der monarchistischen und reaktionären Hoffnungen in sich zusammengesunken sind. Das Volk hat sich erhoben, um durch die Einzeichnung für das Volksbegehren den monarchistischen Illusionären, die an eine Restauration in Deutschland glaubten, seine wahre Gesinnung ins Gesicht zu schreien und durch Namensunterschrift zu bekräftigen.

Es war am Anfang der großen Eintragungsbewegung, als ein deutschnationaler Abgeordneter im Hauptausschuß des Reichstages als Glaube und Hoffnung seiner Partei aussprach, daß das deutsche Volk im Herzen monarchisch gesinnt und daß der monarchische Gedanke im Vordringen sei. Es ist sehr still geworden im Lager der deutschen Monarchisten, seitdem die Einzeichnungen für das Volksbegehren begonnen haben. Man hört nichts mehr von den illusionären Hoffnungen auf die Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland, nichts mehr von jenen Behauptungen, daß das deutsche Volk sich von der Republik abwende.

Soweit das Ergebnis des Volksbegehrens sich heute schon überblicken läßt, ist es eine starke Kundgebung der republikanischen Gesinnung des deutschen Volkes. Nicht der monarchische Gedanke, der demokratisch-republikanische Gedanke ist in stürmischem Vorwärtsschreiten. Er lebt in allen Schichten der Bevölkerung, in den Parteien, die als Partei es bisher nur zu einer vernunftgemäßen Anerkennung der Republik gebracht haben. Er hat die Parteidisziplin dort gesprengt, wo Parteien von Vernunftrepublikanern sich nicht mit klarer Entschiedenheit und heißem Wollen an die Seite des Volkes gegen die Ansprüche der Fürsten gestellt haben.

Der monarchische Gedanke in Deutschland hat einen schweren Stoß erlitten. Die entthronten Fürsten und ihr Anhang, die geglaubt haben, daß das deutsche Volk in Schafsgeduld und Knechtsgesinnung sich wieder zu ihren ergebensten Untertanen machen wolle, werden heute erkennen, daß sie sich verrechnet haben. Sie selbst haben dazu beigetragen, den monarchischen Gedanken in Deutschland schwer zu erschüttern. Ihre Habgier, ihre Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit gegenüber der schweren Not des ganzen Volkes, ihre Würdelosigkeit, die sie in so unerhörten Ansprüchen in der Zeit der allgemeinen Not getrieben haben, ihre ganze unfürstliche Haltung hat dem Volke blitzartig die Augen geöffnet. Hinter den Dekorationen des alten monarchischen Systems, die Fürstenparteien und Fürstenpresse in Deutschland wieder aufrichten möchten, sind die deutschen Fürsten erschienen als das, was sie wirklich sind, als die Nachfahren der Raubritter und Volksbedrücker von ehedem, die nicht Diener des Volkes sein, sondern sich am Volke bereichern wollen.

Wer heute noch den monarchischen Gedanken in Deutschland angesichts dieser Haltung der Fürsten und der Empörung des Volkes zu verteidigen wagt, der besitzt wahrhaft traurigen Mut. Der Sonntag des Volkes hat dem monarchischen Spuk von gestern und heute einen tödlichen Stoß versetzt!

### Bezirk Solingen: 65 Proz.

**Solingen**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Weit über die Hälfte aller Wahlberechtigten haben sich am Sonntag in die Listen eingetragen. Ungefähr 65 Proz. der Wähler der letzten Reichstagswahl haben für das Volksbegehren ihre Stimmen abgegeben. Auch heute noch stehen lange Ketten in den Einzeichnungslokalen. Es handelt sich um die Städte Solingen, Ohligs, Wald, Höhscheid und Gräfrath.

### Gute Beteiligung auch in Mitteldeutschland.

**Hannover**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Der gestrige Sonntag wurde hier der Haupttag für die Einzeichnungsbewegung zum Volksbegehren. Von der ersten Einzeichnungsstunde bis zum Schluß hielt in allen 45 Einzeichnungslokalen der starke Andrang an. Die Zahl der Eingezeichneten, die am Sonnabend abend 66 359 betrug, stieg bis Sonntag abend auf 98 934. Es ist also für Sonntag allein eine Steigerung von über 49 Proz. zu verzeichnen.

**Magdeburg**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In Magdeburg haben sich bis zum Sonntag 39 139 Wahlberechtigte für das Volksbegehren durch Unterschrift erklärt. Wahlberechtigt waren bei der letzten Wahl in Magdeburg 208 000 Einwohner.

**Halle**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Sonntag abend steigerte sich die Zahl der Einzeichner auf 35 000. Das sind 27 Proz. aller Wahlberechtigten. In der benachbarten Industriegemeinde Ammendorf betrug die Einzeichnerzahl bis Sonntag 4300, das sind 58 Proz. aller Einzeichnungsberechtigten.

### Ostpreußen.

**Königsberg (Pr.)**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Der gestrige Sonntag brachte einen großen Zuwachs von Eintragungen. An den Eintragungslokalen staute sich die Menge. Infolge der kurzen Eintragungsfrist müssen viele unverrichteter Sache umkehren. Insgesamt zählt Königsberg bisher 32 600 Eintragungen. (17,5 Proz. der Wahlberechtigten bei der letzten Reichstagswahl.)

Im Stadtkreis Insterburg haben sich bisher 3860 Personen eingetragen (16,5 Proz. der Wahlberechtigten).

**Frankfurt a. M.**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag wurden in Frankfurt a. M. 460 Listen ausgefüllt, das sind 30 360 Eintragungen am gestrigen Sonntag allein, im ganzen also 93 130. Dazu kommen etwa 2000 Listen, die angefangen in den Bezirken liegen.

**Bielefeld**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In Bielefeld-Stadt haben sich bis zum Sonntag abend 85 Proz. der sozialdemokratischen und kommunistischen Wähler der letzten Wahl in die Listen zum Volksbegehren eingetragen und rund 30 Proz. aller Eintragungsberechtigten. Ungefähr das gleiche Bild ergibt sich für die meisten Städte und Dörfer des nördlichen Westfalens. In den ländlichen Kreisen hat allerdings erst am Sonnabend und Sonntag der Zustrom richtig eingesetzt.

**Braunschweig**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadt Braunschweig sind insgesamt 34 100 Unterschriften erfolgt. Bei der letzten Reichstagswahl wurden für die Sozialdemokratische Partei 31 000 Stimmen abgegeben.

## Kulturarbeit im Grenzgebiet.

### Die Sozialdemokratie für deutsch-dänische Verständigung.

**Eutin**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf einer Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei konnte über den guten Stand der Organisation, über gute Beteiligung an der Eintragung zum Volksbegehren berichtet werden. Nach dem politischen Referat des Abgeordneten Gen. Eggerstedt nahm die Konferenz folgende Entschließung zur Regelung der Schulfrage in Nordschleswig einmütig an:

„Die Sozialdemokratische Partei begrüßt das, von der preußischen Regierung durch Verordnung gegebene Minderheitenabkommen für Nordschleswig.

Sie erblickt darin, wie in dem deutsch-dänischen Abkommen der Sozialisten beider Länder, eine Vorbedingung für das freundnachbarliche Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Dänemark.

Die Sozialdemokratie weist deshalb alle Angriffe, die gegen das Abkommen gerichtet werden, zurück und spricht, als stärkste Organisation der Provinz, dem sogenannten Schleswig-Holsteiner-Bund das Recht ab, Protesterklärungen im Namen der Schleswig-Holsteiner zu erlassen."

## Feme-Ausschuß.

### Kube von seinen Parteigenossen verleugnet.

Der Femeuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtags setzte heute vormittag seine öffentlichen Verhandlungen fort. Der Vorsitzende, Abg. Szillat (Soz.), verlas zunächst ein Schreiben des völkischen Reichstagsabg. Kube an den Ausschuß, in dem er in unflätiger Form zu seiner Vorladung Stellung nimmt. Ich glaube, jede Bemerkung, die ich an diesen unqualifizierbaren Brief knüpfe, würde die Wirkung beeinträchtigen. Ich stelle lediglich fest, daß der Reichstagsabg. Kube von uns geladen ist auf Wunsch seines Parteifreundes Körner und daß Abg. Körner uns ausdrücklich erklärt hat, er würde die Vermittlung mit dem Abg. Kube übernehmen und würde dafür sorgen, daß dieser und die übrigen nötlichen Abgeordneten hier erscheinen.

**Abg. Kuttner (Soz.): Nachdem Herr Kube diesen Brief geschrieben hat, bin ich der Ansicht, daß der Ausschuß am besten auf Herrn Kube verzichtet, wenigstens in dieser Sache. Wie wir uns nachher zu seiner Ladung im Falle Grütte-Lehder stellen, bleibt dem Ausschuß überlassen.**

Abg. Körner (Völk.): **Ich wollte nur feststellen, daß der Brief des Abg. Kube ohne meine Kenntnis abgegangen ist.**

Der Vorsitzende verliest dann eine Auskunft der Polizeibehörde von Betschau des Inhalts, **daß Oberleutnant Schulz sich in der Zeit von 1920 bis 1925 verschiedentlich bei der Rittergutsbesitzerin Selma Riebenow und in der Hotelwirtschaft Langemak in Betschau aufgehalten hat.** Es habe sich dabei aber immer nur um vorübergehenden besuchsweisen Aufenthalt gehandelt.

**Nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte wird der 29jährige Geschäftsführer Rast vernommen, der darüber Auskunft geben soll, welche Genossenschaften während der Tätigkeit des Schulz vom Zentralverband der Landarbeiter gegründet worden sind und welcher Art die wirtschaftliche Betätigung war, und welche Mitgliederlisten von diesen Genossenschaften geführt worden sind. Der Zeuge weist darauf hin, daß er bereits am Freitag von der Politischen Abteilung der Kriminalpolizei darüber vernommen worden sei.**

## Zusammenstoß in Düsseldorf.

### Prügelei zwischen Schupo und Kommunisten.

**Köln**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) In dem Düsseldorfer Stadtteil Flingern kam es am Sonntagabend zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einer kommunistischen Demonstration und Schutzpolizei. Ein Teilnehmer der Demonstration kopierte den ehemaligen Kaiser in feldgrauer Uniform. Er rief u. a.: „Ich kenne keine Parteien, ich will nur euer Geld!" Die Schutzpolizei griff ein, und es kam zu einer regelrechten Schlägerei, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gab. Erst nachdem die Polizei auf drei Lastwagen Verstärkungen herbeigerufen hatte, war die Säuberung der Straße möglich. Eine Anzahl der Beamten erhielt schwere Wurf-, Hieb- und Stichwunden.

# Gewerkschaftsbewegung

## 4. Verbandstag der Landarbeiter.

Zu den heute beginnenden Verhandlungen des 4. Verbandstages des Deutschen Landarbeiterverbandes hat der Verbandsvorstand einen gedruckten Geschäftsbericht herausgegeben. Der über 100 Seiten starke Bericht erstreckt sich über die Jahre 1924 und 1925. Er enthält nicht nur trockene Angaben über die reinen Organisationsarbeiten, sondern er geht auch ausführlich auf die Tätigkeit des Verbandes auf lohn-, sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiete ein. Auch dem Kampf der Landarbeiter um die Erhaltung der Freizügigkeit, den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden, dem deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter und dem gelben Landarbeiterverband sind diverse Seiten gewidmet.

Die Mitgliederbewegung ergibt folgendes Bild:

| | | |
|---|---|---|
| Ende | 1923 . . . . . . . . | 101 508. |
| „ | 1924 . . . . . . . . | 179 656. |
| „ | 1925 . . . . . . . . | 167 098. |

Obwohl sich hier die Mitgliederzahl im Jahre 1925 etwas verringert hat, bleibt, gemessen an Ende 1923, doch ein ganz bedeutsamer Fortschritt bestehen. Der Fortschritt ist um so höher einzuschätzen, als feststeht, daß es gerade der Deutsche Landarbeiterverband ist, der die gewerkschaftliche Arbeit unter ganz besonderen Schwierigkeiten betreiben muß. Die Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus dem beträchtlichen Wiedererstarken der Reaktion auf dem Lande und aus der großen Indifferenz, mit der heute noch starke Landarbeiterschichten der Organisation gegenüberstehen.

Die Organisation wird verwaltet in 5958 Zahlstellen, 154 Kreisverwaltungen, 17 Gauleitungen und der Zentrale in Berlin. Sowohl bei den Zahlstellen als auch bei den Kreis- und Gauverwaltungen hat ein nicht unerheblicher Abbau der Verwaltungsstellen Platz gegriffen. Es war nicht möglich und auch nicht nötig, den Verbandskörper mit der aus der Inflationszeit übernommenen Aufmachung beizubehalten, weil die Verwaltungsarbeiten sich jetzt in einem anderen Tempo und auch in einer anderen Richtung bewegen.

Die Verbandskasse hat für die Jahre 1924 und 1925 4 220 235 M. an Einnahmen und 4 148 959,90 M. an Ausgaben zu verzeichnen. Von den Einnahmen wurden allein 53,25 Proz. in den Kreisgruppen und den Zahlstellen direkt verausgabt. Von den Ausgaben der Hauptkasse entfallen allein auf Streik- und Lohnbewegungen 180 500 M., auf Krankenbeihilfe 78 160 M. (eingeführt am 1. April 1925), auf Begräbnisbeihilfe 40 318 M. und auf Rechtsschutz 35 439 M.

In den Jahren 1924 und 1925 wurden

**837 Lohnbewegungen in 474 093 Betrieben**

mit 4 083 158 Beschäftigten und 12 größere Streikbewegungen in 2620 Betrieben mit 29 179 Beteiligten geführt. Es wurde dabei erreicht: für 347 973 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 82 103 Stunden und für 3 930 909 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 6 883 820 M.

Der größte Streik innerhalb der erwähnten Zeit war der in Ostpreußen. Es waren an diesem fast 20 000 Landarbeiter beteiligt. Der Kampf mußte schließlich dank der verräterischen Haltung des deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter und dank der sabotierenden Tätigkeit der Kommunisten abgebrochen werden. Verloren ist darum der Kampf nicht. Das Ziel der Arbeitgeber im Bunde mit dem deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter, den Deutschen Landarbeiterverband zu vernichten, ist nicht erreicht worden.

Mehrere Streiks sind im Freistaat Sachsen entstanden durch das Verhalten des Sächsischen Landbundes, der jede Verständigung hintertrieb. Selbst die den Arbeitgebern außerordentlich entgegenkommenden Sprüche der Schlichter und Schlichtungsausschüsse wurden wiederholt abgelehnt.

Nicht unerwähnt sei die Streikbewegung der

**Weinbergarbeiter von Oppenheim-Niedenheim.**

Mehrere Hundert von ihnen standen 8 Wochen lang einmütig im erfolgreichen Kampf.

Der Deutsche Landarbeiterverband ist nach wie vor bemüht, alles für die Verbesserung der Lebenslage der ländlichen Arbeiterschaft einzusetzen. Seine Erfolge könnten noch wesentlich größer sein, wenn manche Arbeiter nicht gegen ihn, sondern mit ihm arbeiten würden.

Der Verbandstag wird Mittel und Wege finden, um den weiteren Aufstieg der freigewerkschaftlichen Landarbeiterbewegung zum Nutzen und Segen der Landarbeiter sicherzustellen.

### Beginn des Verbandstages.

In den Kammersälen wurde heute früh die Tagung des Deutschen Landarbeiterverbandes mit einer Ehrung für den verstorbenen Reichspräsidenten, Genossen Ebert, eröffnet. Ebert habe sich stets für die Landarbeiter eingesetzt und im Kampf für ihre Organisation in der vordersten Reihe gestanden; die Versammlung erhob sich zum Gedächtnis des Toten von den Plätzen.

Der Verbandsvorsitzende Schmidt begrüßte die Vertreter der Behörden, Ministerialrat Faaß vom Reichsernährungsministerium, Regierungsrat Kunze vom Reichsarbeitsministerium, vom Preußischen Landwirtschaftsministerium Oberregierungsrat Dr. Thalau und Regierungsrat Peters von der Reichsarbeitsverwaltung. Grüße des Internationalen Arbeitsamts brachte Genosse Donau, Bruns vom ADGB., Sabath von der Berliner Gewerkschaftskommission. Vom Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe sprach Lübke. Genosse Schneeberger vom österreichischen Verband erzählte von den Schwierigkeiten der Organisation, deren Führer von den Arbeitgebern entlassen und verfolgt wurden; nur durch Eintreten der Partei konnten schwerste Schädigungen des Landarbeiterstandes vermieden werden. Aus Polen sprach der Genosse Nowitzki, der eine Zusammenarbeit bei Beschaffung der 58 000 Saisonarbeiter forderte und gegen die unerhörten Preßsaisen der Landarbeiter durch die polnischen Wojewoden protestierte. Ferner sprachen die Genossen Schmar für die Schweizer, Petersen für die dänische und Rislat für die memelländische Organisation.

## Die Wirtschaftsschule der Metallarbeiter.

### Der Eröffnungsakt.

**Dürrenberg**, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Metallarbeiterverband vollzog am Sonntag die Einweihung seiner Wirtschaftsschule in Bad Dürrenberg. Anwesend waren Vertreter der Bezirksleitungen und Betriebsräte des Verbandes, der Behörden, des ADGB., der AfA und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Nach einer Besichtigung der Schule und ihrer Einrichtungen führte Genosse Dißmann u. a. aus, daß die Gewerkschaften nie nackte Interessenvertretungen ihrer Mitglieder waren, sondern sich stets für allgemeine kulturelle Forderungen ihrer Angehörigen einsetzten. Der Krieg hat außerdem neue Aufgaben gebracht, die gegenwärtige Krise neue Fragen aufgeworfen. In großen Teilen der Wirtschaft befinden wir uns in einer rasend schnellen Umwälzung, die mit den Fragen der Lohn- und Sozialpolitik verbunden sind. Notwendig ist, daß die Gewerkschaften an der Neuordnung mitraten und mittaten. Es heißt nun, die wirtschaftlich im Elend Lebenden zu erfassen, sie aufwärts zu führen. Genosse Dißmann ging dann auf das künftige Wirken der Schule ein, der ersten der deutschen Gewerkschaften. Keine Zuchtanstalt soll diese Schule sein, sondern eine Anstalt, die dem großen Ziel der Arbeitnehmerbewegung, dem ferneren Zusammenarbeiten diene. Die Wirtschaftsschule werde eine neue Machterrungenschaft der Arbeiterbewegung. Regierungspräsident Grützner bezeichnete die in der Wirtschaftsschule zu leistende Arbeit als beste Arbeit am deutschen Volke. Deshalb könne die Schule auf seine besondere Förderung rechnen. Im gleichen Sinne sprach sich der anwesende Landrat des Kreises Merseburg, Genosse Gustke, aus. Genosse Knoll vom ADGB. wies darauf hin, daß die Schule nur das Fundament geben könne, weiter zu arbeiten sei Sache der Schüler. Er sprach den Wunsch aus, daß die Schule in diesem Sinne wirken werde. Der Weisheit letzter Schluß sei die Schule des Metallarbeiterverbandes noch nicht. Die höchstmöglichste Leistung ist nur durch Zusammenfassung aller Kräfte zu erzielen. Genosse Schweitzer überbrachte Wünsche des AfA-Bundes und des Butab, Genosse Kotzur die Wünsche des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Der Unterricht wird bereits heute Montag für Schüler aus der Schwerindustrie beginnen. Die Schule selbst liegt schön am Ufer der Saale auf historischem Boden. Ihre Umgebung ist geschaffen zur Konzentration und für ein In-sich-gehen. Aber jenseits der Schule ragen die Schlote vom Leunawerk. Sie gemahnen an die vor der Tür stehenden harten Kämpfe, an die Praxis und an die harte Wirklichkeit.

## Tagung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

### Kundgebung „freiheitlich-nationaler" Arbeitnehmer.

Der Gewerkschaftsring, wie sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften jetzt nennen, hält seinen dritten Kongreß ab. Die Tagung wurde am Sonntag mit einer Kundgebung der freiheitlich-nationalen Arbeitnehmer im Plenarsaal des Preußischen Landtags eingeleitet. Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Hartmann, wies in seiner Begrüßungsrede mit Entschiedenheit zurück, daß von gewisser Seite auf den Begriff vaterländisch-national Beschlag gelegt werde.

Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider referierte dann über das Thema „Soziale Steuergesetzgebung". Der Zeitpunkt, an dem wirklich eine Steuergesetzgebung hätte einsetzen können, sei von der verflossenen Reichsregierung verpaßt worden. Sie hätte nur eine Notsteuergesetzgebung zustande gebracht, die als Dauereinrichtung die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen nach sich ziehen müßte. Die Steuerreform des Vorjahres habe wenig reformiert. In den Verbrauchssteuern habe durchschnittlich eine Erhöhung stattgefunden. Tabak- und Biersteuer seien sogar wesentlich gesteigert worden. Die Unterschätzung der Einnahmen, die eine wesentliche Belastung des Reparationskontos zur Folge hatte, hätte vermieden werden können, wenn die Vorschläge der Oppositionsparteien befolgt worden wären. Redner ging dann auf die nähere Prüfung des Etatjahres 1924 ein und kam zu der Folgerung, daß

**die größten Einnahmen des Staates aus den indirekten und den Lohnsteuern**

stammen.

Die Lohnsteuer sei für die unteren Lohnstufen bis zu 4000 M. noch zu hoch. Die Umsatzsteuer müßte überhaupt beseitigt werden. Man müsse verlangen, daß die Steuergesetzgebung so gestaltet werde, daß die starken Schultern stark, und die schwachen Schultern schwach belastet werden.

Es wurde daraufhin einstimmig eine Resolution angenommen, die erklärt, die Steuerüberspannung habe in verhängnisvoller Weise zur Lähmung der deutschen Wirtschaft beigetragen. Unzählige Arbeitslose und Kurzarbeiter sind Opfer dieser Steuerpolitik. „Die ungerechtfertigte Erhöhung der Verbrauchssteuern, die unzureichende Herabsetzung der Umsatzsteuer, die Beibehaltung der die Qualitätsarbeit so stark belastenden Luxussteuer, sowie die Erhöhung der Zollsätze haben dem Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen und die Spanne zwischen den Besitzsteuern und der Massenbelastung noch weiter vergrößert." Der Kongreß wird alle Maßnahmen des neuen Reichsfinanzministers unterstützen, die auf eine angemessene Verteilung der Steuerlasten zwischen direkten und indirekten Steuern hinzielen. Eine Senkung von Besitzsteuern ohne entsprechende Senkung der Verbrauchssteuern muß abgelehnt werden. Die Reform der Lohnsteuer darf mit der zuletzt erfolgten Heraufsetzung des steuerfreien Betrages nicht abgeschlossen sein. Gefordert wird die ausschließliche Verwendung der Hauszinssteuern für den Wohnungsbau.

Max Fürstenberg, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, sprach sodann über

**soziale Arbeitsgerichte.**

Der Hauptzweck des Staates müsse sein, einer möglichst großen Anzahl von Bewohnern ein möglichst erträgliches Dasein zu gewähren. Die Zahl der Gehalts- und Lohnempfänger in Deutschland betrage 80 Proz. Für diese Mehrheit müsse die Gerichtsbarkeit eine soziale sein. Die Abwicklung der Verfahren vor dem heutigen Arbeitsgericht lasse sehr zu wünschen übrig.

Der weitaus größte Teil der Dinge, die von den Arbeitsgerichten in erster Linie behandelt würden, seien Individualstreitigkeiten, die keinen großen Aufwand erfordern. Die Zahl der Arbeitsgerichtsbeisitzer müsse vermehrt und für sie die Bezeichnung Arbeitsrichter eingeführt werden. Die Berufungsgrenze müsse mindestens auf 500 M. heraufgesetzt werden. Der Reichstag müsse das Gutachten des Reichswirtschaftsrats in vollem Umfange berücksichtigen.

Auch hierüber wurde eine den Ausführungen des Redners entsprechende Resolution angenommen.

Reichstagsabgeordneter Erkelenz sprach sodann über „Neue Aufgaben der Gewerkschaftspolitik". Der Redner erörterte zunächst die Tätigkeit und Haltung des Gewerkschaftsringes gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die der Krieg und noch mehr die Nachkriegszeit aufgeworfen haben. In der Inflationszeit sei durch die Zustimmung aller Gewerkschaftsvertreter zur Lohnsteuer den Reichsfinanzen ein Fundament geschaffen worden, daß, von klugen Finanzpolitikern richtig benutzt, ein guter Damm gegen die Inflation hätte sein können. Wie alle Kräfte und Mächte, die seit dem Weltkrieg an verantwortlicher Stelle gestanden hätten, so hätten auch die Gewerkschaften Schlappen erlitten. Teile der Arbeiter hätten sich von ihnen abgewandt. Alle gewerkschaftlichen Einrichtungen seien geschwächt worden. Die lebendige Kraft der Jugend träte nicht mehr in dem Maße in die Gewerkschaft wie früher. Deshalb gelte es, Neues zu bauen und Altes reifer zu machen. Die Gewerkschaft sei eine Kraft des nationalen Aufbaues. Sie müßte sich geistig vertiefen und müßte sich auch noch mehr als bisher zu einer Kulturbewegung ausweiten und wirtschaftspolitisch stärker konstruktiv wirken. Der Redner begrüßte die Gründung von Arbeitnehmerbanken. Zu einer guten Wirtschaft gehöre eine gesunde öffentliche und private Finanzpolitik, eine den Güteraustausch fördernde Handelspolitik, eine gesunde Sozialpolitik. Alles das müsse zusammen wirken. Der Redner wandte sich dann noch der Frage der internationalen Trusts zu und sagte zum Schluß, es gebe Anzeichen einer beginnenden Gesundung, jedoch sei für eine organisierte Arbeitsgemeinschaft die Zeit noch nicht gekommen.

**Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65,** ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eßfeld; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

**Karl Maria v. Weber und Richard Wagner weilten in Bad Ems zur Kur, tranken Emser Kränchen, das weltberühmte Vorbeugungs- und Heilmittel bei Katarrhen, Asthma, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Grippe und Grippefolgen, Magensäure (Sodbrennen), Harnsäure usw. Gleichen Zwecken dienen das natürliche Emser Quellsalz und die echten Emser Pastillen. Die echten Emser Heilmittel sind überall erhältlich, in einschlägigen Geschäften auch das Zahnpflegemittel Emsolith, das Zahnsteinansatz verhindert. Aber achten Sie stets auf die bekannte Schutzmarke Ems.**

Hauptniederlage für Emser Kränchen für Berlin und Brandenburg:
Brunnenvertriebsaktiengesellschaft
vormals Dr. M. Lehmann u. F. Heyl & Co., Berlin SW., Yorckstr. 59
Tel.: Hasenheide 3536—38, Merkur 8263—64.

Theater Lichtspiele usw.

Deutsches Theater
Norden 10334—38
8 Uhr:
Juarez und Maximilian

Kammerspiele
Norden 10334—38
8¼ Uhr
Josephine

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr
Viktoria

Neues Th. am Zoo
Allabendl. 8 Uhr:
Guido Thielscher
in
Stöpsel
[illegible]

Reichshallen-Theater
Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Neu: Der letzte Postillion
[illegible]
Dönhoff-Brettl
10 Nummern
Tanz und Urfidelitas!

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

WINTER GARTEN
Los 3 Codonas
Hochturner in höchster Vollendung
im Rahmen eines abwechslungsreichen Varieté-Spielplans.
Sonntag nachm. 3½ U. halbe Preise
Rauchen gestattet!

Th. in d. Lützowstr.
Tägl. 8¼ Uhr:
Lempke's sel. Witwe
Musik v. Dr. R. Hirsch
[illegible]

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr:
Don Pasquale
Abonn.-Turnus I

Trauerspenden
jeder Art
[illegible]
Paul Golletz,
vormals Robert Meyer,
Mariannenstr. 3.
Amt Moritzpl. 10869

Elite-Sänger
Tägl. Kottbuser Str. 6 Sonntag
3 Uhr Der neue Schlager 3 Uhr
„Berliner Luft"
(Zwerchfellerschütternde Situationen)
Dazu das lustige Beiprogr.

Kohlensäurereiches Thermal-Solbad und Inhalatorium
BAD SALZUFLEN
Lippe. Teutoburger-Wald.
für Frühjahrskuren geöffnet.
1925: 23662 Kurgäste
Herz-, Nerven-, Frauen-, Luftwegekrankh.-Rheuma
Tägliche Konzerte
Mineralpastillen in Apotheken u. Drogerien.
Auskunft durch Lipp. Badeverwaltung und Reise- und Verkehrsbüros

Pumpen
Kohlank
[illegible]

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1.

Städtische Baugewerkschule Berlin
W 35, Kurfürstenstr. 141
Abteilungen für Hoch- und Tiefbau usw.
Semesterbeginn: Mittwoch, 7. April 1926
Anmeldungen: Täglich v. 8 bis 4 Uhr
im Bureau — Teleph. Magistrat 39

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten [illegible]
Kat. 680 fr. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Verkäufe
[illegible]

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten. Gelegenheitskäufe in [illegible], große Auswahl, billige Preise. Keine Lombardware. Leihhaus [illegible], Chausseestraße 1.

Möbel
[illegible] „Primissima". [illegible]

Musikinstrumente
Pianos [illegible] Brunnenstraße 33.
[illegible] Harmonium verkauft billigst [illegible] Oranienstraße 168 III.

Fahrräder
Brandenburgstraße 4. [illegible]

Kaufgesuche
[illegible]

Vorsicht beim Einkauf von Palmin!
Man weise Nachahmungen zurück!

# Ein Großtag des Volksbegehrens.

## Aufsturm der Einzeichner in allen Berliner Bezirken.

Gestern hat Berlin seinen Großkampftag gehabt. Ein unblutiges Ringen zwar, und vor allem eins, das den Massen statt sinnloser Zerstörung positive Notwendigkeiten wies. Eine Rekordleistung. Schon um ½10 Uhr kamen die Einzeichner in Scharen, um Berlins erste Ehrenmillion vollzumachen und darüber hinaus die Pioniere der zweiten zu sein. Auch der himmlische Boykott war zum erstenmal gebrochen, die überirdische Tendenz ließ sich als zum mindesten wohlwollend neutral bezeichnen. Die Propagandatätigkeit hatte schon in den frühesten Morgenstunden die proletarischen Viertel mobilgemacht, durch die Straßen zogen die Werbetrupps, Autos mit Agitationsplakaten belebten die Straße. Der Nachmittag gehörte unstreitig unseren mächtigen Kundgebungen. Auf den Höfen wurden die Säumigen eindringlich an ihre Pflicht gemahnt. Aus einzelnen Häusern wehten die roten Fahnen. Es war ein Feiertag des Volkes. Der Andrang in allen Bezirken ist imponierend gewesen. Einzelne Einzeichnungslokale mußten schon gegen ½10 Uhr ihre Pforten öffnen, weil die Masse der Wartenden ungeduldig zu werden drohte. Sicherlich ist die Beteiligung des ersten Sonntags erheblich übertroffen. Die sehr wirkungsvolle Plakatpropaganda unserer Genossen vor den Einzeichnungslokalen fand stärkste Beachtung.

### Aus den Einzeichnungslokalen.

Was schon in den früheren Tagen beachtet werden konnte, daß die Frauen die häufigsten Gäste in den Einzeichnungslokalen sind, fiel auch gestern wieder auf. In einer Reihe von Lokalen im Norden, wo wir umfragten, wurde uns übereinstimmend gesagt, daß sich mehr Frauen als Männer einzeichnen. Aber was noch immer fehlt, sind die alten Leute. In der Schule Pappelallee zeichneten sich in der Zeit von 10 bis 1 Uhr 129 Personen ein, darunter waren der Schätzung nach vier über sechzig Jahre alt. In einem anderen Lokal war das folgende rührende Bild zu sehen: Ein hochbetagter Greis kommt mit seiner greisen Frau im Arm gefaßt an den Tisch heran, als wenn es zum Traualtar ginge. Er schreibt seinen Namen, reicht seiner Frau den Federhalter und führt ihre Hand langsam über das Papier. „Ich muß 'n bißchen helfen, Mutta kann nich mehr so," sagt er. In dem Gefühl, ihre Pflicht getan zu haben, verlassen beide das Lokal. Noch zwei Tage liegen die Listen offen. Tausende sind um ihre Spargroschen gebracht werden; möchten alle alten Leute dem Beispiele dieses alten Ehepaares folgen!

Im Bezirk Kreuzberg herrschte am Sonntag ein ungewöhnlich starker Einzeichnungsbetrieb. Rege Hausagitation betrieb das Reichsbanner, auch unsere Plakatträger vor den Einzeichnungslokalen leisteten lebhafte Propaganda. In einem Lokal wurden von 11 bis 12 Uhr rund 300 Einzeichnungsbegehrende festgestellt, in einem anderen waren gegen ¼4 Uhr weit über 200 Personen zu gleicher Zeit in der Einzeichnungsstelle. Die Leute standen in langen Ketten und mußten zum Teil länger als eine halbe Stunde warten. Auffallend stark war die Beteiligung der Frauen. Tausende kehrten um, da sie wegen der Ueberfüllung der Lokale nicht zur Einzeichnung kamen. Immer wieder trifft man Personen, die vergessen, sich einen Ausweis mitzunehmen. Daran sei nochmals erinnert. Eine Einzeichnungsstelle mußte schon nach 9 Uhr öffnen, da die Massen der Einzeichner sich in den frühen Morgenstunden vor den Lokalen ansammelten. In einem Bezirk wurde die doppelte Stimmenzahl des ersten Sonntags gezählt.

Selbst im alten Westen, in Halensee, Schmargendorf, Wilmersdorf und Grunewald, wo sonst die nationalistische Phrase so oft zu vernehmen ist, ist der republikanischen Tat auf Schritt und Tritt zu begegnen. Entsprechend dem Erfolg steigt im Laufe des Tages auch die Werbefreudigkeit unserer Genossen, die als Zettelverteiler, Broschürenverkäufer und Schlepper voll „in Form" sind. Werbeautos des Reichsbanners knattern den Kurfürstendamm hinauf. Die schwarzrotgoldenen Fahnen flattern lustig im Wind, locken die Blicke der Vorübergehenden, ärgern die Gegner. Musik schlägt im Gleichmaß dumpf nach durch die breite Straße, wie die Autos längst vorbei sind — manchem schlägt sie ans Gewissen. Anderswo dröhnt Trommelwirbel dumpf. Keiner in der Menge weiß im Augenblick, wer die Schlegel rührt, jeder aber weiß um den Sinn der Sache. Um sieben Uhr entströmt ein dichter, frohbewegter Menschenhaufen dem „Theater am Kurfürstendamm". Man hatte hier in stürmischer Weise Yvette Guilbert gefeiert, die große französische Künstlerin. Das war nicht ein Akt lächerlichen internationalistischen Snobismus gewesen, sondern wirklich ein Symbol der Versöhnung und Freundschaft, die wir alle erstreben. Und jeder, der das erlebt hat, empfindet, daß die Bewilligung der Fürstenansprüche uns nur neue Feinde in aller Welt schaffen würde. Und mancher ging deshalb den Weg vom Theater zur Turnhalle — falls er seine Pflicht nicht schon vorher erfüllt hatte.

Wie in allen anderen Bezirken wurde am Sonnabend und Sonntag auch im Bezirk Tiergarten eine sehr rege Propaganda entfaltet. Auf den Höfen ermahnten kleine Trupps mit kurzen Ansprachen noch einmal die Einwohner der Häuser, die letzten Tage zur Einzeichnung in die Listen zu benutzen, und auf den Straßen wurde ebenfalls sehr reichlich Propagandamaterial verteilt, und in den Unterhaltungen wurde darauf hingewiesen, wie wichtig die Einzeichnung gegen den Fürstenraub ist. In den Häusern findet man vielfach Plakate mit kurzen, prägnanten Schlagworten, auf denen zum Schluß das zuständige Einzeichnungslokal angegeben ist, so daß alles getan worden ist, um der Einzeichnung zu einem Erfolg zu verhelfen. Er blieb auch nicht aus. Denn am Sonnabend und Sonntag war die stärkste Beteiligung, die seit Einzeichnungsbeginn festzustellen ist. In den einzelnen Einzeichnungsstellen standen Männer und Frauen Schlange und warteten geduldig, bis auch an sie die Reihe kam, um ihr Votum gegen die Fürstenforderungen abzugeben. Moabit und Westen — überall war die Beteiligung gleich lebhaft stark.

In Pankow, Schönholz und Reinickendorf nahmen die Einzeichnungen einen glänzenden Verlauf. Nachdem noch am Sonnabend abend große Propaganda-Umzüge der Sozialdemokratischen Partei für Aufklärung der Unwissenden gesorgt hatte und noch Säumige wachrüttelten, entfalteten die Genossen am Sonntag vormittag eine noch größere Werbepropaganda. In allen Straßen, in den Häusern, überall wurden Handzettel verteilt, persönlich wurde geworben. Der Erfolg war riesengroß. Die Massen strömten bei dem schönen sonnigen Sonntag in Scharen zu den Einzeichnungslokalen. Parteigenossen mit Plakaten versehen, erteilten auch noch einmal vielen Einzeichnern die nötigen Aufklärungen. In der Einzeichnungsstelle Schule Wollankstraße 131 herrschte zeitweise ein beängstigender Betrieb. Noch um ½5 Uhr harrten etwa 150 Personen ihrer Abfertigung. Das gleiche Bild in der Schule Breitestraße 1 (Stiftweg) und Schulstraße. In jeder Turnhalle lange Ketten von Einzeichnern. Und bei Gott nicht etwa alle Sozialdemokraten. Mitglieder der Volkspartei, des Zentrums, der Deutschnationalen standen Schulter an Schulter, um den Fürsten ihren Raub strittig zu machen. Auch in der Schule Kaiser-Friedrich-Straße in Pankow, am Hausotterplatz in Schönholz herrschte der gleiche große Andrang.

In Friedenau und Steglitz war ein dauerndes Strömen auf allen Straßen, die zu den Einzeichnungsstellen führten. Die Fackelzüge am Vorabend mit den eindringlich stereotypen Worten und der wie Lauffeuer durchgehenden Aufforderung: „Mitgehen!", die vielen Demonstrationen am Sonntag hatten so gewirkt, daß der Sonntag zu einer großen Kundgebung des Volkswillens wurde. Schon am Morgen warteten viele mit Rucksäcken vor den Lokalen, um nach der Einzeichnung ins Freie zu fahren. Man sah besonders alte, gebeugte Frauen, die ihre Rente für Kriegsanleihe gegeben, ihre bescheidene Gegenrechnung mit der Einzeichnung quittieren. In Friedenau und Steglitz wurden an einzelnen Stellen über 100 stündlich gezählt, für diese Bezirke eine stattliche Zahl. Auch die Kinder zogen umher und riefen den Alten nach: „Keinen Pfennig den Fürsten!"

Auch in der weiteren Umgebung Berlins war das Ergebnis als sehr gut zu bezeichnen. In Belzig, Beelitz-Stadt, Michendorf, Alt- und Neu-Langerwisch, überall war eine rege Beteiligung der Einzeichnenden zu bemerken; ja selbst das „feudale Wilhemshorst" mit seiner vorwiegend nationalistischen Bevölkerung, und Rehbrücke, beteiligten sich an der Eintragung in den Listen mit etwa 30 Proz. der eingeschriebenen Wählerschaft.

### Die Demonstrationen.

In den Mittagsstunden, bei herrlichstem Wetter, veranstalteten die Partei und das Reichsbanner einen Umzug. Unter Vorantritt unzähliger Parteibanner und schwarzrotgoldener Fahnen und unter Vorantritt des Tambourkorps sollten die Säumigen an die Einzeichnungslisten gebracht werden. Plakate mit originellen Sprüchen, wie „Wer der Schwachen Not will wehren, der schreib' sich ein zum Volksbegehren" wurden mitgeführt. An den Seiten des Zuges sammelten sich immer größere Scharen, und als in kurzen Worten auf die Einzeichnung hingewiesen wurde, erntete der Redner langanhaltenden Beifall. Auf den Balkonen und an den Fenstern wurde begeistert dem Zuge zugewinkt.

Der Bezirk Prenzlauer Berg stand gestern im Zeichen einer machtvollen Demonstration unserer Genossen. Um ½2 Uhr sammelten sich die einzelnen Abteilungen an der Danziger Straße Ecke Prenzlauer Allee, um unter Mitführung vieler Fahnen und Transparente durch die Straßen zu ziehen. Mehrere starke Abteilungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold marschierten mit Kapellen und Fahnen dem imposanten Zug voran, die Jugend war mit roten Fahnen und Plakaten in starken Gruppen vertreten. Unter dem Jubel der Bevölkerung, die in dichten Massen die Straßen umsäumte, ging es u. a. durch die Elbinger, Landsberger, Hufeland-, Greifswalder, Marienburger, Metzer und Schwedter Straße. Originelle Plakate mit Inschriften, wie „Wer Fürsten nährt, ist Prügel wert", und „Die abgedankten Fürschten sollen handeln mit warmen Würschten", „Denkt, daß Fürsten und Mätressen woll'n auf Volkes Kosten fressen", „Damit ER neue Siege proklamiere, bekommt er uns're Inflationspapiere" u. a. lösten stürmische Zustimmungsrufe der unzähligen Zuschauer aus. Sprechchöre riefen die Säumigen an ihre Einzeichnungspflicht. „Denkt daran! Mittwoch ist Einzeichnungsschluß!" mahnte ein großes, weithin sichtbares Plakat. Die Kundgebung war ein starker Erfolg für die Organisation Prenzlauer Berg.

•

In einer gut besuchten Versammlung in Karow referierte Genosse Göring. Seine Ausführungen schloß er mit einem Mahnruf: „Volk wach' auf!". — Nach Beendigung dieser Kundgebung begaben sich ungefähr 40 Anhänger unserer Partei zu der am gleichen Ort stattfindenden Generalversammlung des Kleintierzuchtvereins. Der Vorsitzende des Vereins, ein Demokrat, entsprach dem Antrag unserer Parteifreunde und gab unserem Redner das Wort zu einem Vortrag über die Fürstenabfindung. — Die etwa einstündige Rede wurde von den Mitgliedern des Vereins wiederholt durch zustimmende Zwischenrufe unterbrochen. Es gelang, fast alle Anwesenden, darunter Kleinpächter und kleine Besitzer, von der Notwendigkeit des Eintragens zum Volksbegehren zu überzeugen.

### Wo trage ich mich ein?

Die amtlichen Bekanntmachungen, aus denen jeder ersehen kann, wo er sich zum Volksbegehren einzutragen hat, sind bereits mehrere Male öffentlich angeschlagen worden. Sie werden nun nochmals am 16. März und am 17. März öffentlich angeschlagen werden, so daß niemand darüber in Zweifel zu sein braucht, wo er seine Eintragungspflicht erfüllen soll. In den Diensträumen der Bezirksämter sind die Bekanntmachungen gleichfalls ausgehängt. Eine Liste der Eintragungsstellen hat auch der „Vorwärts" (11. März, Morgenausgabe) veröffentlicht. Der Magistrat hat angeordnet, daß in den öffentlichen und privaten Kranken- und Pflegeanstalten, in denen nach der Reichsstimmordnung eigene Stimmbezirke gebildet werden können, an den drei letzten Tagen der Eintragungsfrist, also am 15. März, am 16. März und am 17. März, für Kranke und Anstaltsinsassen besondere Eintragungsstellen einzurichten sind. An einem Tage sollen die Beamten auch die Eintragungen der bettlägerig Kranken an den Betten entgegennehmen. Diese Erleichterungen werden nur denjenigen Kranken- und Pflegeanstalten zugute kommen, die eine genügend große Zahl Insassen haben. Damit aber möglichst viele Anstalten berücksichtigt werden können, hat der Magistrat den Bezirksämtern empfohlen, für das Eintragungsverfahren die Vorschriften der Reichsstimmordnung im weitesten Sinne auszulegen.

Zu diesen Anordnungen hat der Magistrat sich entschlossen, nachdem ihm in der Stadtverordnetensitzung vom 4. März durch die Linksparteien klargemacht worden war, daß die Eintragungen zum Volksbegehren nicht erschwert, sondern in jeder Weise erleichtert werden sollen.

---

### Freiherr von Lützow schwer leidend.

Medizinalrat Dr. Störmer berichtete heute dem Gericht über das Ergebnis der von ihm gestern auf Antrag der Verteidigung unternommenen Untersuchung des Angeklagten. Der Sachverständige hat auf Grund der von ihm vorgenommenen eingehenden körperlichen Untersuchung und Röntgendurchleuchtung festgestellt, daß Dr. v. L. schwerer erkrankt sei, als er selbst angenommen habe. Es bestehe eine erhebliche Herzschwäche in Verbindung mit starker Nervosität. Außerdem hat die medizinische Untersuchung einen starken Eiweißbestand ergeben. Der Sachverständige hält daher eine größere Schonung des Angeklagten für dringend erforderlich, wenn er imstande sein soll, bis zum Schluß des aufregenden Prozesses durchzuhalten.

**Die Stadtverordnetenversammlung** hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um ¾5 Uhr. Die wieder sehr lange Tagesordnung bringt an erster Stelle die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen der Ringbildung bei Ausschreibung städtischer Lieferungen, die Anfrage der Demokraten wegen des Streiks bei den Notstandsarbeiten in den Rehbergen, die Anfrage der Kommunisten wegen der Unterschlagungen von Steuerbeträgen in den Bezirken Mitte, Kreuzberg und Friedrichshain.

**Genosse Johannes Kühl** in Fichtenau ist am 12. März im Alter von 77 Jahren verstorben. Mit ihm ist wieder einer der alten Garde dahingegangen. Unter dem Sozialistengesetz war er der fleißigsten und zuverlässigsten einer. Keine Verfolgungen konnten seinen aufrechten Sinn beugen. Wenn es 1890 der Sozialdemokratie gelang, den Wahlkreis Niederbarnim zu erobern, so ist das auch mit der unermüdlichen Arbeit unseres Genossen Kühl zu danken. Er war ein Greis mit der Arbeitsfreude und Begeisterung eines Jünglings. Vorbildlich war auch seine Arbeit auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung, die er als Vorsitzender der Niederbarnimer Ortskrankenkasse leistete. Seine Beisetzung findet am Dienstag, den 16. März, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Kolonniefriedhof Schöneiche statt.

---

### Folgenschwerer Wohnlaubenbrand.

#### Ein Kind verbrannt.

Ein gefährlicher Wohnlaubenbrand kam am gestrigen Sonntag in der Nähe Grünaus zum Ausbruch, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Eine Person wurde durch Brandwunden schwer, zwei weitere leicht verletzt.

Der Ort der Brandkatastrophe befindet sich auf der sogenannten Bullwiese, unmittelbar hinter der Försterei Steinbinde. Die Wohnlaube in einem Ausmaß von 4×5 Meter wird von dem Sportwart Johann Braun mit seiner Ehefrau, seinen beiden Kindern im Alter von 7 und 8 Jahren und der Schwiegermutter bewohnt. Als sich die Bewohner gegen 8 Uhr zur Nachtruhe begaben, war Braun nicht anwesend. Wahrscheinlich sind glühende Kohlestücke aus dem Ofen gefallen und haben den Fußboden in Brand gesetzt. Im Nu stand die Laube in Flammen. Frau B. und ihr siebenjähriges Söhnchen konnten sich sofort in Sicherheit bringen. Ihre Mutter, die 60 Jahre alte Helene Weinert, konnte ebenfalls noch das Freie gewinnen; sie hatte aber so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie sofort ins Köpenicker Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Das achtjährige Töchterchen Johanna, das wahrscheinlich schon durch die Rauchentwicklung betäubt war, fand den Tod in den Flammen. Die aus Grünau herbeigeeilte Feuerwehr hatte über eine Stunde an der Brandstelle zu tun. Frau B. und ihr Söhnchen, die beide nur leichte Brandwunden davontrugen, fanden bei Verwandten Aufnahme. Wie uns mitgeteilt wird, soll der dortige Feuermelder versagt haben, so daß die Feuerwehr verspätet erschien. Ob die Meldung zutrifft, wird die Untersuchung ergeben. Schon vor längerer Zeit machten wir auf die Gefahren beim Heizen in Wohnlauben aufmerksam. Diese Warnung kann nur noch einmal dringend wiederholt werden. Darum nochmals: Vorsicht beim Heizen in Wohnlauben.

---

**Das Volksbildungsamt Prenzlauer Berg** veranstaltet am Dienstag, den 16. März, abends ½8 Uhr, in der Aula der Königstädtischen Oberrealschule, Pasteurstr. 44/46, einen Vortrag mit Lichtbildern: Dr. Max Deri spricht über „Kitsch und Kunst". Eintritt 20 Pf. Für Mitglieder der Kulturgemeinde frei. Karten: Volksbildungsamt Prenzlauer Berg, Danziger Straße 64 (Pförtnerloge) und an der Abendkasse.

---

### Furchtbare Eisenbahnkatastrophe in Costa Rica.

#### Ein Zug von einer Brücke abgestürzt.

**Zwischen Malaluela und Cartago in Costa Rica (Zentralamerika) entgleiste auf der Eisenbahnbrücke über dem Virillafluß ein mit etwa 1000 Ausflüglern besetzter Zug. Ein Wagen stürzte in das Wasser. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf nahezu 300 geschätzt. Nach einem in Boston eingegangenen Kabeltelegramm sind bei dem Eisenbahnunglück 178 Menschen getötet und 75 verletzt worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.**

---

### Ein neues Grubenunglück in Oberschlesien.

Wie die Morgenblätter melden, ereignete sich Sonntag morgen auf der zur Donnersmarck-Hütte gehörigen „Concordia-Grube" in Hindenburg ein neues Grubenunglück. Durch herabstürzende Gesteinsmassen wurden drei Bergleute abgesperrt, die trotz sofort aufgenommener Rettungsversuche bis Montag 9 Uhr immer noch nicht geborgen werden konnten. Man muß annehmen, daß die Bergleute nur noch als Leichen geborgen werden können.

•

**32 Bergleute der Karsten-Grube gerettet.** Den Bemühungen der Rettungskolonne ist es im Laufe der letzten Nacht gelungen, von den in der Karsten-Zentrumsgrube verschütteten 34 Bergleuten 32 zu befreien. Die beiden anderen konnten nur als Leichen geborgen werden. Als Ursache des Unglücks wird ein tektonisches Beben angegeben, das den Zusammenbruch der vier Pfeiler verursacht haben soll.

---

**Das erste Fußballstädtespiel Berlin—Paris nach dem Kriege.** Unter Anwesenheit von etwa 20000 Zuschauern fand im Stadion Colombes in Paris das erste Fußballstädtespiel Berlin—Paris nach dem Kriege statt, dem zahlreiche offizielle Persönlichkeiten beiwohnten. Die Berliner siegten mit 2:1.

**Ein furchtbares Ehedrama** ereignete sich in einem Hause der Rinnstraße in Köthen (Anhalt). Eine Frau Heinig erschoß ihren auf dem Sofa liegenden Ehemann und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf.

---

**Gruppe Reinickendorf.** Achtung! Sämtliche Genossen beteiligen sich heute (Montag) abend an der Demonstration der Partei. Treffpunkt: abends 6 Uhr Bahnhof Schönholz. Anschließend abends 8 Uhr: Vortrag (wie bereits angegeben).

---

## Sport.

### 1. Polizei-Hallensportfest.

Das Hallensportfest, von dem Kommando der Schutzpolizei Berlin und der Polizeischule Groß-Berlin veranstaltet, wies nicht weniger als 22 hervorragende Konkurrenzen auf. Unter den vielen Ehrengästen sah man u. a. Innenminister Genossen Severing, den Polizeipräsidenten Genossen Grzesinski, den Vizepräsidenten Dr. Friedensburg und den Kommandeur der Schutzpolizei Oberst Heimannsberg. Präzise nahmen die Kämpfe um ½8 Uhr ihren Anfang. 100 Schüler der Polizeischule Brandenburg führten hervorragende Niels-Buhl-Uebungen, die durch Straffheit und Exaktheit gefielen, aus. Es folgte ein Boxkampf im Leichtgewicht und ein Ringkampf im Schwer-Mittelgewicht. In drei Abteilungen wurde dann die Ausbildung in der Selbstverteidigung vorgeführt. Schulmäßiges Einüben von Polizeigriffen, die Griffe in der Praxis und Abwehr gegen zwei Gegner zeigten, wie sich der Schutzpolizist gegen den Verbrecher ohne Waffen erfolgreich verteidigen kann. Turnen am Reck und Barren folgten. Zum Hochsprung mit Vorgabe traten zahlreiche Bewerber an, von denen Skocinski mit 1,80 Metern Erster wurde. Es folgten Tauziehen und eine 4×2 Runden-Staffel, zu der Teilnehmer aus allen Polizeigruppen starteten. Sieger wurde die Polizeigruppe Süd in 2.58,3 Minuten. Zum Sprinter-Dreikampf in 3 Läufen über 40, 50 und 60 Meter traten sechs Teilnehmer an. Größtes Interesse fand die Polizeihunde-Vorführung. Gehorsamsübungen, Springen und Klettern über Hindernisse, sowie praktische Aufgaben für den Diensthund (Arbeit auf den Mann), zeigten die Unentbehrlichkeit des Polizeihundes. Ein Handball-Wettspiel wurde von der kombinierten Mannschaft „Berliner Sportvereine" überraschend mit 3:2 Toren gegen den „P. S. V." gewonnen. Eine 10×2 Rundenstaffel und ein von etwa 100 Polizeischülern sehr gut ausgeführter Stilaufreigen beschlossen den Abend.

# Rahma

MARGARINE

## buttergleich

**Der Siegeszug der „Rahma buttergleich"**

durch alle deutschen Haushaltungen hat seine triftigen Gründe. • **Die Güte** der „Rahma buttergleich" beruht auf ihrer Zusammensetzung aus Frischmilch und edelsten Speisefetten und der Herstellung mit modernsten technischen und hygienischen Hilfsmitteln. • **Die Preiswürdigkeit** bei dieser Güte ist unübertroffen. „Rahma buttergleich" ist an Reinheit des Geschmacks und an Nährwert der besten Molkereibutter gleich und kostet

**nur 50 Pfg. das ½ Pfd.**